Zschopauer Tageblatt und Anzeiger

Das „Zschopauer Tageblatt und Anzeiger" erscheint werktäglich. Monatl. Bezugspreis 1.70 RM. Zustellgeb. 20 Pfg. Bestellungen werden in uns. Geschäftsst., von den Boten, sowie von allen Postanstalten angenommen

Anzeigenpreise: Die 46 mm breite Millimeterzeile 7 Pfg.; die 92 mm breite Millimeterzeile im Textteil 25 Pfg.; Nachlaßstaffel E Ziffer- und Nachweisgebühr 25 Pfg. zuzügl. Porto

Wochenblatt für Zschopau und Umgegend

Das „Zschopauer Tageblatt und Anzeiger" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha und des Bürgermeisters zu Zschopau behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Finanzamtes Zschopau — Bankkonten: Erzgebirgische Handelsbank e. G. m. b. H. Zschopau. Gemeindegirokonto: Zschopau Nr. 41; Postscheckkonto: Leipzig Nr. 42884 — Fernsprecher Nr. 712

Zeitung für die Orte: Krumhermersdorf, Waldkirchen, Börnichen, Hohndorf, Wilischthal, Weißbach, Dittersdorf, Gornau, Dittmannsdorf, Witzschdorf, Scharfenstein, Schlößchen Porschendorf

Nr. 291 — Mittwoch, den 14. Dezember 1938 — 106. Jahrgang

Vor allem Freundschaft mit Deutschland

Regierungserklärung vor dem Prager Abgeordnetenhaus

Ministerpräsident Beran verlas im Prager Abgeordnetenhaus seine mit Spannung erwartete Regierungserklärung.

Zum Eingang seiner Erklärung betonte der Ministerpräsident, daß sich die Grundlage des ganzen Lebens für die Tschecho-Slowakei geändert habe. Es sei daher sicher, daß weder im Programm noch in den Methoden jene Politik fortgesetzt werden könne, die bis zur Septemberkrise durchgeführt wurde. Der Ministerpräsident umriß dann kurz die bereits erfolgten Aenderungen und fuhr dann fort: „Jeder Versuch der Rückkehr zu den alten Verhältnissen würde vom Volk schärfstens abgelehnt werden. Unsere Außenpolitik ist hinsichtlich ihrer Ziele, Mittel und des Inhalts neu. Im Zuge der Ereignisse dieses Jahres wurden nicht nur unsere Grenzen berührt, sondern es wurden zahlreiche Werte der Weltpolitik der Großmächte erschüttert, die bisher als unantastbar galten. Wir sind nicht und wollen auch nicht blind sein gegenüber diesen Veränderungen; wir werden unsere Außenpolitik den Tatsachen anpassen, ebenso die Wirtschafts- und sozialen Verhältnisse. Das klare Ziel der Regierung ist: dem Staat und den Nationen den Frieden zu retten!

Es handelt sich für uns vor allem um die Herstellung eines Freundschaftsverhältnisses mit unserem größten Nachbar, mit dem Deutschen Reich. Dieses für uns so wichtige Verhältnis wartet auf eine Verbreiterung. Wir sind der Ansicht, daß durch direkte Fühlungnahme der Staatsmänner beider Länder diese Lösung beschleunigt und vertieft wird. Der Präsident der Republik, der Außenminister und ich selbst haben schon öfter erklärt, wie wir das Verhältnis zum Deutschen Reich und zum deutschen Volk zu gestalten wünschen.

Ein gutes Verhältnis wollen wir sowohl zu Polen als auch zu Ungarn anstreben. Rumänien und Jugoslawien schulden wir Dank für Freundschaft und Loyalität. Wir werden alles tun, um die traditionellen Freundschaftsbande mit diesen beiden Staaten zu vertiefen. Ich bin erfreut, daß sich unser Verhältnis zu Italien so entwickelt, wie es dem Wunsche unseres Volkes und der Tradition auf beiden Seiten entspricht. Wir werden beim Aufbau unseres Staates keine Anhänger der Vereinsamung sein; wir werden daher die Beziehungen mit allen anderen Staaten, besonders aber mit Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Amerika, erhalten und vertiefen.

Zu den innerpolitischen Fragen übergehend, erklärte Ministerpräsident Beran: Der Erfolg des Staatsumbaues setzt eine gesunde und geordnete öffentliche Finanzwirtschaft voraus. Die nationale Wiedergeburt und die Erneuerung des Staates ist ohne eine neue Schul- und Kulturpolitik nicht denkbar.

Zur Emigrantenfrage erklärte der Ministerpräsident, daß diese Elemente ihren dauernden Aufenthalt in Staaten mit größerer Wirtschaftskapazität suchen müßten. Auch die Judenfrage werde gelöst werden.

Das wäre eine Herausforderung!

Kommission prüft Judenansiedlung in Deutsch-Ost

Wie das englische Reuterbüro aus Daressalam meldet, ist ein Ausschuß eingesetzt worden, der die Frage einer jüdischen Siedlung im einstigen Deutsch-Ostafrika prüfen wird. Dem Ausschuß gehören zwei offizielle und fünf inoffizielle Mitglieder an.

*

Es bedarf wohl keines nochmaligen Hinweises, daß dieser Plan eine glatte Unmöglichkeit ist und nur geeignet, neue Konflikte zwischen England und Deutschland zu schaffen. Wenn man uns auch Deutsch-Ostafrika noch verwehrt, so sehen wir es trotzdem als unsere Kolonie an, auf die wir keineswegs zu verzichten gedenken. Es würde also bedeuten, daß man die jüdischen Emigranten in eine deutsche Kolonie abschiebt. Man kann darin nichts anderes als eine Herausforderung sehen. Die Kreise, die sich für Abschiebung der Juden nach Deutsch-Ostafrika einsetzen, verbinden mit diesem Plan zweifellos ein neues Störungsfeuer. Es wäre gut, wenn sich die verantwortlichen Stellen Englands beizeiten darüber klarwerden, was durch Weiterverfolgung dieses unsinnigen Ansiedlungsplanes entsteht. Wir können uns nicht denken, daß Chamberlain ein Interesse daran hat, die deutsch-englischen Beziehungen, die durch die Erklärung von München auf eine gesunde Grundlage gestellt worden sind, durch derartig irrsinnige Vorhaben zugunsten der jüdischen Emigranten von neuem zu erschüttern.

20 Sowjetsörsender

Wellenkampf gegen Prag

Pressemeldungen aus Moskau zufolge hat die Sowjetregierung in der Ukraine acht neue Rundfunksender errichtet, die vor allem die Aufgabe haben, die tschecho-slowakischen Sender zu stören. Die neuen Sowjetsender werden auf der gleichen Wellenlänge und zu den gleichen Sendezeiten funken wie die tschecho-slowakischen Sender und in der Nacht gegen Prag gerichtete Uebertragungen in tschechischer Sprache verbreiten. Die übrigen im Westen des Landes liegenden zwölf Sowjetsender sind beauftragt, eine ähnliche Tätigkeit zu entfalten.

Die Regierung der Sowjetukraine hat ferner auf das Abhören der tschechischen Sender eine Gefängnisstrafe von 20 Jahren gesetzt.

Judenfreiheit in Jugoslawien

Hinterhältige Hetzarbeit gegen die Regierung

In weiten Kreisen der jugoslawischen Regierungspartei hat die Haltung der Juden bei den Skupschtina-Wahlen Empörung hervorgerufen.

Nachdem mehrfach maßgebende Männer der Regierungspartei, wie Innenminister Koroschetz, der Verkehrsminister Spaho und der ehemalige Postminister Kaludjertschitsch erklärt hatten, daß es in Jugoslawien keine Judenfrage gäbe und die Juden auch keine Sondergesetze zu befürchten hätten, fühlten sich diese so sicher, daß sie zum Dank dafür ihre Stimmen meistenteils gegen die Regierung abgaben. An und für sich wäre man in Belgrad darüber vielleicht hinweggegangen, wenn sich die Juden nicht auch noch aktiv in die jugoslawische Innenpolitik eingemischt und in regierungsfeindlichem Sinn betätigt hätten. So löste es in maßgebenden Belgrader Kreisen größte Empörung aus, daß am Wahltag in Agram der Jude Leo Abram, der die Stelle eines Richters am dortigen Appellationsgericht einnimmt, in öffentlichen Ansprachen zur Stimmabgabe gegen die Regierung aufforderte.

Besonders frech benahmen sich die Juden in Serajewo, wo sie sich durch ihre starke Zahl, in dieser Stadt leben bei 70 000 Einwohnern über 10 000 Juden, die in Wirtschafts- und Finanzleben vorherrschen, doppelt gesichert fühlten. Sie unterstützten alle regierungsfeindlichen Bewegungen mit reichlichen Geldmitteln. So wurde ein Fall bekannt: Der Jude Schalom Abram, der allein in Serajewo sechzig Häuser besitzt, gab noch am Vorabend des Wahltages erneut 100 000 Dinar zur Agitation gegen die Regierung.

Der „Leibgardist" des Serajewoer oppositionellen Hauptkandidaten, einem ungarischen Juden namens Lakatosch, schoß am Wahltag auf mehrere Mohammedaner und verletzte davon einen schwer und einen zweiten leicht. Die Empörung unter den strenggläubigen bosnischen Mohammedanern gegen die jüdischen Mitbürger ist schon vorher wegen der Palästina-Frage groß gewesen und wurde durch diese Provokation begreiflicherweise noch gesteigert. In Serajewo sollen übrigens auch Flugzettel in hebräischer Schrift und Sprache gegen die Regierung verbreitet worden sein.

Slowakische Abwehr gegen die Juden

Entfernung von den Hochschulen gefordert

Der Verband der Hörer der Philosophie in der slowakischen Universität in Preßburg hat die Forderung erhoben, daß künftighin Juden vom Studium an der Preßburger Universität überhaupt ausgeschlossen werden. Gleichfalls verlangt der Verband, daß in den Hörsälen das Bild von Hlinka angebracht wird.

Auch in Brünn wächst die Abwehr gegen die Juden. Wie eine Brünner tschechische Zeitung mitteilt, befinden sich dort unter den Hörern an der Landwirtschaftlichen Hochschule mindestens vierzig Prozent Juden. Dieser Andrang der Juden hat unter den Brünner tschechischen Studenten große Beunruhigung und Empörung hervorgerufen.

Die Juden-Vermögensabgabe

Der Reichsminister der Finanzen teilt mit: Auf die Juden-Vermögensabgabe können in Ausnahmefällen Wertpapiere und Grundstücke in Zahlung gegeben werden. Grundstücke werden auf die erste Teilzahlung der Judenvermögensabgabe, die am 15. Dezember 1938 fällig ist, nur dann in Zahlung genommen, wenn der Abgabepflichtige keine Barzahlung leisten kann und auch keine Wertpapiere besitzt, die er in Zahlung geben kann. Die Grundstücke werden zu einem Wert angenommen, der dem derzeitigen gemeinen Wert entspricht und für jeden einzelnen Fall von dem Oberfinanzpräsidenten festgesetzt wird. Der Antrag auf Inzahlungnahme eines Grundstücks ist an das für die Juden-Vermögensabgabe zuständige Finanzamt zu richten.

Von der Inzahlungnahme ausgeschlossen sind solche Grundstücke, 1. die mehreren Eigentümern gehören, sofern nicht sämtliche Eigentümer ihre Anteile dem Reich übertragen, 2. überbelastet sind oder 3. deren Wert nach Abzug der Belastungen und der Unkosten die Abgabe übersteigt.

Der ewige Hetzer

Dokumente von der geheimen internationalen Hetzarbeit des Judentums

Die Bestrebungen der französischen Politik, dem Emigrantenunwesen in Frankreich Einhalt zu tun, lenken die Aufmerksamkeit auf eine Organisation, die ausschließlich von der Hetze gegen das nationalsozialistische Deutschland lebt. Es handelt sich um die „Internationale Liga gegen Antisemitismus und Rassismus" (Liga), in der sich außer den jüdischen Emigranten aus Deutschland eine Anzahl französischer Juden und aus Deutschland emigrierter Nichtjuden zusammengefunden haben. Das Zentrum dieser jüdischen Zentrale des Hasses ist Paris. Sie hat jedoch ihre Stützpunkte in allen Ländern der Welt und arbeitet mit anderen Organisationen zusammen, die in gleicher Weise gegen Deutschland hetzen.

Die beste Visitenkarte für die Liga liefert eine Schrift der ägyptischen Sektion, die von dem Generalsekretär für Aegypten, M. R. H. Sakal, im Vorjahre herausgegeben wurde. Darin heißt es:

„Zuerst sei gesagt, daß die internationalen Vereinigungen gegen den Antisemitismus und die befreundeten Vereinigungen der Anti-Nazi-Liga Propagandazentren in Paris, London, New York, Brüssel, Montreal, Johannesburg, Buenos-Aires, St. Gallen, Amsterdam, Rußland, Oesterreich, Tschecho-Slowakei, Aegypten usw. haben. Wir stehen in ständiger Verbindung untereinander und unterrichten uns gegenseitig über unsere Maßnahmen, damit sie überall gleichzeitig durchgeführt werden. In jedem Lande haben wir einflußreiche Mitglieder aus sozialen, parlamentarischen usw. Kreisen. Das ist alles, was ich Ihnen sagen darf über dieses wundervolle Band, das alle Juden der Welt in einem wirksamen System kollektiver Verteidigung zusammenfaßt."

Nach dieser Eröffnung über die Internationale des Weltjudentums erläutert der Verfasser die konspirative Arbeit noch mit dem folgenden Satz, der eine eindeutige Bestätigung für die deutsche Ansicht über das geheimbündlerische Wesen des Weltjudentums liefert:

„Während der letzten Zeit mußte die Liga geheim arbeiten. Das ist einer der Gründe, weswegen Sie über ein Großteil Ihrer Arbeit nichts wissen."

Der Schleier des Geheimnisvollen, den der ägyptische Generalsekretär über die Arbeit der Liga breitet, wird in einer offiziellen Propagandabroschüre der Liga durch eine konkrete Beschreibung gelüftet. Dort heißt es:

„Die Liga ist überall, agitiert überall, hat sich auch des Völkerbundes bemächtigt, schreitet bei den Botschaften und Kanzleihäusern ein und aus."

Kann die friedensstörende und das Vertrauen der Weltmächte untergrabende Arbeit des Judentums besser bewiesen werden als mit einem solchen Satz? Er beweist deutlich, daß das Judentum an allen wichtigen Stellen der Politik an der Arbeit ist, um den für Europa so nötigen Ausgleich des gegenseitigen Verstehens zu untergraben.

Durch die letztgenannte Schrift, die in Paris erschienen ist, konnte die nachstehende Aufforderung zum Boykott der deutschen Waren eine uneingeschränkte Verbreitung in Frankreich finden:

„Die Mitglieder der Liga geben sich nicht damit zufrieden, „nieder mit Hitler" in den Versammlungen zu schreien. Sie machen sich die kleine Mühe, jedesmal, wenn sie einkaufen, die Herkunftsmarke zu prüfen. Andere gehen nicht mehr zu ihrem Lieferanten hin und zwingen ihn damit, ebenfalls den Boykott durchzuführen. Außerhalb der Liga, aber in absolutem Einvernehmen mit ihr, haben wir einen technischen Organismus geschaffen, das Amt zur Feststellung von Ersatzprodukten, welches durch vertiefte Untersuchungen alle deutschen Produkte ausfindig macht, den Händlern Anweisungen zur Ersatzbeschaffung gibt und die Industriellen zu beeinflussen sucht, neue Fabriken zu bauen als wirksame Mittel gegen Arbeitslosigkeit (!). Wir sprechen dem Anti-Nazi-Council von London (Präsident: Citrine), der Anti-Nazi-League von New York (Präsident: Untermeyer) und allen befreundeten Organisationen außerhalb Frankreichs unsere Anerkennung aus, die parallel mit der Liga für den Erfolg des Boykotts arbeiten."

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese internationale Verbrecherclique nur bei einer ganz kleinen Schicht von Ausländern, vor allen Dingen bei den Juden selbst, Erfolge erzielen kann. Es ist im Gegenteil durchaus folgerichtig, daß sich diese Hetze letzten Endes gegen das Judentum selbst kehrt und den Antisemitismus steigern hilft. „Indem Bernard Lecache (der berüchtigte Präsident der Liga!) auf den Krieg wartet, der die Juden Hitlers rächen soll, erweckt er in den Herzen der friedliebendsten Franzosen den Judenhaß und in den gleichgültigsten Gehirnen Rasseideen. Indem er rassistische und faschistische Organisationen angreift, schafft er Organisationen zur Verteidigung gegen das Judentum und die rote Diktatur."

Diese Ansicht der französischen Zeitung „Le Petit Oranais" (Oran) deckt sich mit der vielfachen Beobachtung, daß der Antisemitismus überall dort besonders an-

SLUB
Wir führen Wissen.